

# Zähe Verhandlungen in Berlin

Jamaika / Thorsten Frei und Marcel Klinge berichten ihre Eindrücke  
Wird die Kanzlerin noch vor Weihnachten gewählt?



Foto: © reichdennatur - stock.adobe.com

Ob es noch gelingt, vor Weihnachten die Kanzlerin zu wählen, weiß Thorsten Frei nicht. Ebenso wie der FDP-Bundestagsabgeordnete Marcel Klinge sieht der CDU-Bundestagsabgeordnete den Verlauf der Sondierungsgespräche als zäh an. Trotzdem sollen die Gespräche am 17. November abgeschlossen sein.

■ Von Felicitas Schück

**Schwarzwald-Baar-Kreis.** »Wenig gemeinsame Substanz, dafür viele offene Fragen«, so die Einschätzung von Klinge. Das liege, so urteilt Thorsten Frei, vor allem daran, »dass die potenziellen Koalitionspartner in ganz zentralen Themen diametrale gegenüberstehende Interessen haben«. Mit

der FDP, so räumt der Abgeordnete aus Donaueschingen ein, sei es grundsätzlich einfacher, sich zu einigen, obwohl es mit den Liberalen auch Schwierigkeiten gebe. Zum Beispiel im Finanzbereich. Die FDP wolle den Solidaritätszuschlag auf einen Schlag abschaffen, die CDU Familien stärken.

Mit den Grünen, dem möglichen dritten Partner in einer Jamaika-Koalition, haben beide Parteien Probleme: »Die harten Brocken sind vor allem die Zuwanderungs- und Energiepolitik«, sagt Klinge. »Um einer Regierungsbildung näher zu kommen, brauchen wir in den kommenden zwei Wochen bei den genannten Themen vernünftige Kompromisse und langfristige Lösungen.«

Ähnlich sieht es Thorsten Frei: »Hauptknackpunkte sind aus meiner Sicht die Flüchtlingspolitik und der Klimaschutz. Dabei insbesondere

die Themenfelder Kohleausstieg und ein staatlich verfügbares Ende der Verbrennungsmotoren bis 2030. Hier setzen wir auf Markt und nicht auf staatliche Bevormundung wie die Grünen«, betont der CDU-Bundestagsabgeordnete.

»Während wir uns beim Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes einig sind, unterscheiden wir uns bei der Finanzierung der Schwerpunkte deutlich. Der Ausgabenspielraum dürfte sich bis 2021 auf etwa 30 Milliarden Euro belaufen. Die Wünsche der Jamaika-Parteien aber summieren sich auf über 100 Milliarden Euro. Uns geht es vor allem um eine spürbare Entlastung für Familien, sowie für kleine und mittlere Einkommen. Ein zweiter Schwerpunkt sind für uns die strukturelle Stärkung des ländlichen Raumes und noch größere Anstrengungen im Bereich der Digitalisierung«, meint Frei.

Für die Liberalen ist vor allem der unbegrenzte Familiennachzug für Verwandte von Flüchtlingen ein »No go«. Deutschland sei zwar ein Einwanderungsland und auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen, meint Marcel Klinge: »Aber ohne ein Einwanderungsgesetz mit klaren Regeln und einem realistischen Blick auf unsere Möglichkeiten geht es nicht mehr. In der Streitfrage des Familiennachzugs fände ich es sinnvoll, wenn wir uns zunächst auf Kontingente verständigen, die ganz besonders für Frauen und Kinder gelten, die unter Bürgerkrieg insbesondere zu leiden haben. Ein unbegrenzter Familienanzug ist mit der FDP indes nicht zu machen.«

Thorsten Frei sieht es auch als schwierig an, ein gemeinsames Verständnis aller drei Parteien von Deutschlands Rolle in der Welt zu entwickeln: »Wer zu Friedensein-

sätzen beitragen will und auf die internationalen Bündnisverpflichtungen Deutschlands verweist, muss auch zu einer angemessenen Finanzierung der Bundeswehr und unserer Außen- und Sicherheitspolitik insgesamt beitragen«, fordert er. Die CDU werde für eine erfolgreiche Koalition verhandeln, aber »ohne jeden Preis zu akzeptieren«. Neuwahlen zu verhindern, sei aber »staatspolitische Verantwortung aller Parteien«, findet Thorsten Frei.

Am 17. November will sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Ergebnis der Verhandlungen befassen. Die CDU will dann am 16. Dezember im Rahmen eines Parteitages darüber abstimmen. Aber auch die anderen Parteien wollen ihre Mitglieder vorher fragen, weiß Frei. Erst danach werde entschieden, wie Ressorts und Ausschüsse besetzt werden.